

VERHANDLUNGSSCHRIFT

aufgenommen am Dienstag, den <u>30.04.2019</u> bei der Sitzung <u>des Gemeinderates</u> der Marktgemeinde Gaspoltshofen im <u>Sitzungssaal der Marktgemeinde Gaspoltshofen</u>.

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr Ende der Sitzung: 21:50 Uhr

ANWESENDE:

Fraktion der FPÖ

- 1. Ing. Wolfgang Klinger
- 2. Philipp Möslinger
- 3. Gabriele Famler
- 4. Dipl.-Ing. Herwig Mayr
- 5. Siegfried Seifried
- 6. Karl Klinger
- 7. Walter Anzengruber
- 8. Gerald Haböck

Fraktion der ÖVP

- 9. Johannes Höftberger
- 10. Mag. Thomas Ploberger
- 11. Theres Margarete Huber
- 12. Johann Raab
- 13. Richard Mader
- 14. Ing. Robert Gradinger
- 15. Mag.rer.soc.oec. Ursula Kühberger

Fraktion der SPÖ

- 16. Johannes Peter Baumgartner
- 17. Andreas Ehrenleitner

Fraktion der GRÜNEN

- 18. Anton Berger
- 19. Friedrich Söllinger

Ersatzmitglieder FPÖ

- 20. Hubert Sterrer Vertretung für Siegfried Kagerer
- 21. Ing. Otto Oberhumer Vertretung für Christian Greifeneder

Ersatzmitglieder ÖVP

22. Bernhard Trauner Vertretung für Roland Hattinger

Ersatzmitglieder SPÖ

23. Harald Kubinger Vertretung für Peter Schoberleitner

Ersatzmitglieder GRÜNE

24. Hans-Peter Keindl Vertretung für Johann Schörkhuber

Amtsleiter

25. Franz Schiermair

Schriftführer

26. Martina Kaser

Sonstige anwesende Personen

27. DI Gerhard Altmann, Ortsplaner – während TOP 1 anwesend

ENTSCHULDIGT:

Fraktion der FPÖ

- 28. Siegfried Kagerer
- 29. Elfriede Aigner
- 30. Christian Greifeneder

Fraktion der ÖVP

31. Roland Hattinger

Fraktion der SPÖ

32. Peter Schoberleitner

Fraktion der GRÜNEN

33. Johann Schörkhuber

Ersatzmitglieder FPÖ

- 34. Franz Gugerbauer Vertretung für Siegfried Kagerer
- 35. Mag. Stefan Danner Vertretung für Elfriede Aigner
- 36. Daniel Siegfried Köstl Vertretung für Elfriede Aigner
- 37. Daniel Vormaier Vertretung für Elfriede Aigner
- 38. Jakob Danner Vertretung für Elfriede Aigner
- 39. Karl Friedrich Famler Vertretung für Elfriede Aigner

Ersatzmitglieder ÖVP

40. Maria Weberberger Vertretung für Roland Hattinger

Ersatzmitglieder SPÖ

- 41. Sabine Fischerleitner Vertretung für Peter Schoberleitner
- 42. Gertraud Zizler Vertretung für Peter Schoberleitner
- 43. Gernot Schweitzer Vertretung für Peter Schoberleitner
- 44. Ilse Haslinger Vertretung für Peter Schoberleitner

Ersatzmitglieder GRÜNE

- 45. DI Veronika Knaus, BSc Vertretung für Johann Schörkhuber
- 46. Gertrud Jedinger Vertretung für Johann Schörkhuber
- 47. Gerhard Brandstätter Vertretung für Johann Schörkhuber

Tagesordnung:

- Flächenwidmungsplan Nr. 7 und Örtliches Entwicklungskonzept Nr. 3; Genehmigung des Auflageplanes
- 2. Bebauungsplan Nr. 15.1 ISG; Genehmigung
- 3. Voranschlag für das Finanzjahr 2019 Überprüfung
- 4. Allgemeine Geschäftsbedingungen; AGB 2018
- 5. Ankauf des Kinogebäudes; Änderung des Finanzierungsplanes
- 6. Mandatsverzicht Johannes Peter Baumgartner und Andreas Ehrenleitner; Nachwahlen
- 7. Ankauf eines KLFA-L; Auftragsvergabe
- 8. Bauvorhaben Sanierung und Erweiterung des Kindergartens; Bericht des Baumeisters über zu erwartende Kostenerhöhung
- 9. Erstellung eines Gutachtens für eine Begegnungszone im Bahnhofweg; Information
- 10. Baulandsicherungsverträge; Beratung über weitere Vorgehensweise
- 11. Gemeinderesolution "Rettet die Bienen"
- 12 . Antrag auf Beitritt bzw. zur Projektierung zur "Bienenfreundlichen Gemeinde"
- Antrag auf Nutzung einer gepachteten Grünfläche im Ortszentrum (Pz. 1 und .56 KG Gaspoltshofen)
- 14. Amtsleiter Schiermair, Weiterbestellung nach § 12 GDG
- 15. Wohnungsvergabe LAWOG, Mühlbachstraße 9, Wohnung Nr. 8
- 16. Wohnungsvergabe ISG, Wiesenstraße 6, Wohnung Nr. 9
- 17. Dringlichkeitsantrag Radinfrastruktur; Genehmigung des Förderungsvertrages
- 18. Genehmigung der Verhandlungsschrift
- 19. Allfälliges

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde,
- b) die Einladungen hierzu laut vorliegendem Verständigungsnachweis an die Mitglieder des Gemeinderates unter Bekanntgabe der Tagesordnung am 12. April 2017 erfolgt sind und
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Verhandlungsschrift der Sitzung vom 07.03.2019 während der Sitzung zur Einsichtnahme aufliegt und Einwendungen dagegen unter Tagesordnungspunkt 18 eingebracht werden können.

Der Bürgermeister nimmt die Angelobung des Gemeinderatsersatzmitgliedes Karl Famler vor.

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass *ein Dringlichkeitsantrag* eingebracht wird:

Bürgermeister Klinger verliest den von ihm eingebrachten <u>Dringlichkeitsantrag</u> und stellt den

<u>Antrag:</u>

Der Gemeinderat möge als Dringlichkeitsantrag "Radinfrastruktur; Genehmigung des Förderungsvertrages" in die Tagesordnung aufnehmen.

Beschluss:

Antrag genehmigt.

<u>Abstimmung:</u>

1. Flächenwidmungsplan Nr. 7 und Örtliches Entwicklungskonzept Nr. 3; Genehmigung des Auflageplanes

Sachverhalt – Berichterstatter Bürgermeister Wolfgang Klinger:

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 03.07.2017 beschlossen, das Verfahren für die Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes einzuleiten. Je ein Entwurfsplan zur Einholung der Stellungnahmen beim Amt der Oö. Landesregierung wurde vom Gemeinderat in der Sitzung am 25.06.2018 beschlossen. Die Verständigung über die beabsichtigte Flächenwidmungsplan- und ÖEK-Überarbeitung wurde von der Marktgemeinde Gaspoltshofen am 30.07.2018 dem Amt der Oö. Landesregierung, Abt. Raumordnung gemäß § 33 Abs. 2 Oö. ROG 1994 idgF. zur Abgabe der Stellungnahmen übergeben.

Mit Schreiben vom 21.11.2018 wurden vom Amt der Oö. Landesregierung, Abt. Raumordnung alle eingelangten Stellungnahmen laut folgender Aufstellung übermittelt:

- Wildbach- und Lawinenverbauung vom 03.09.2018
- Abt. Land- und Forstwirtschaft agrarfachliche Stellungnahme vom 04.09.2018
- Abt. Umwelt-, Bau- und Anlagentechnik vom 26.09.2018
- Grund- und Trinkwasserwirtschaft vom 02.10.2018
- Abt. Land- und Forstwirtschaft forstfachliche Stellungnahme vom 04.10.2018
- Abt. Gesamtverkehrsplanung und öffentlicher Verkehr vom 09.10.2018
- Abt. Umweltschutz (Lärmschutz) vom 24.10.2018
- Naturschutzbehörde vom 08.11.2018
- Abt. Raumordnung vom 21.11.2018

In der Bauausschusssitzung am 27.02.2019 wurden die vorliegenden Stellungnahmen behandelt. Der Auflageplan wurde nach Beratung weitgehend den Stellungnahmen der Landesdienststellen angepasst.

Für das weitere Verfahren ist vom Gemeinderat ein Auflageplan zu beschließen, der während der 4-wöchigen Stellungnahmefrist nach Verständigung der von einer Umwidmung betroffenen Grundeigentümer und den übrigen Körperschaften öffentlichen Rechtes zur öffentlichen Einsichtnahme im Marktgemeindeamt aufliegt.

Beratungsverlauf:

DI Gerhard Altmann erläutert die einzelnen Punkte und gibt Auskunft über die weitere Vorgehensweise.

Bei 23 Änderungen waren Korrekturen, Veränderungen bzw. die Aufgabe der Planung notwendig, da ansonsten keine Zustimmung seitens der Oö. Landesregierung zu erwarten ist.

Johannes Höftberger erkundigt sich, warum die Umwidmung in Hub abgelehnt wurde. Richard Mader fragt nach, ob eine neuerliche Einreichung für die Umwidmung Am Innbach sinnvoll wäre.

Johannes Höftberger möchte die Unterschiede zwischen Sternchenbau und bestehendes Wohngebäude im Grünland wissen.

Anlagen:

- Erläuterungsbericht sowie
- Änderungstabelle des Ortsplaners

Bürgermeister Wolfgang Klinger stellt den

Antrag 1:

Der Gemeinderat möge den vorliegenden Auflageplan, ausgenommen ÖEK Nr. 3, Punkt 16 (Wiesfleck), für die Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes und Örtlichen Entwicklungskonzeptes beschließen.

Beschluss:

Antrag 1 genehmigt.

Abstimmung:

Einstimmig durch Handzeichen.

Bürgermeister Wolfgang Klinger stellt den

Antrag 2:

Der Gemeinderat möge den vorliegenden Auflageplan bzgl. ÖEK Nr. 3, Punkt 16 (Wiesfleck) für die Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes und Örtlichen Entwicklungskonzeptes beschließen.

Beschluss:

Antrag 2 mehrheitlich genehmigt.

Abstimmung:

FÜR DEN ANTRAG STIMMTEN:

FPÖ-Fraktion:

- Ing. Wolfgang Klinger
- Philipp Möslinger
- Gabriele Famler
- DI Herwig Mayr
- Siegfried Seifried
- Karl Klinger
- Walter Anzengruber
- Gerald Haböck
- Otto Oberhumer
- Hubert Sterrer
- Karl Famler

ÖVP-Fraktion:

- Johannes Höftberger
- Mag. Thomas Ploberger
- Theres Huber
- Johann Raab
- Ing. Robert Gradinger
- Mag. Ursula Kühberger
- Bernhard Trauner

SPÖ-Fraktion:

- Johannes Peter BaumgartnerAndreas Ehrenleitner
- Harald Kubinger

GRÜNE-Fraktion:

- Hans-Peter Keindl

GEGEN DEN ANTRAG STIMMTEN:

ÖVP-Fraktion:

- Richard Mader

GRÜNE-Fraktion:

- Anton Berger
- Friedrich Söllinger

2. Bebauungsplan Nr. 15.1 - ISG; Genehmigung

Sachverhalt – Berichterstatter Bürgermeister Wolfgang Klinger:

Die ISG, Ried i. I. hat die Änderung des Textteiles des Bebauungsplanes Nr. 15 "ISG" beantragt.

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 07.03.2019 beschlossen, das Verfahren einzuleiten.

Die Verständigung über die beabsichtigte Erlassung eines Bebauungsplanes wurde von der Marktgemeinde am 22.03.2019 abgesendet. Eine Frist zur Abgabe einer Stellungnahme bis 22.04.2019 wurde eingeräumt. Die Kundmachung zur Bekanntgabe der Planungsinteressen sowie die Kundmachung der Auflage zur öffentlichen Einsichtnahme waren von 25.03.2019 bis 23.04.2019 an der Amtstafel angeschlagen.

Beim Telefonat am 16.04.2019 mit dem Amt der Oö. Landesregierung, Abteilung Örtliche Raumordnung wird von Herrn Dipl.-Ing. Klaus Mitterndorfer mitgeteilt, dass überörtliche Interessen nicht berührt werden. Der Plan unterliegt daher gemäß § 34 Abs. 1 Oö. ROG 1994 nicht der Genehmigungspflicht durch die Aufsichtsbehörde.

Er weist weiters darauf hin, dass eine Stellungnahme des Gewässerbezirkes gefordert wurde, die sich jedoch aufgrund einer Erkrankung des Sachbearbeiters verzögert. Es wird eine Beschlussfassung vorbehaltlich einer positiven Stellungnahme seitens des

Die Wirtschaftskammer, Bezirksstelle Grieskirchen teilt mit E-Mail vom 05.04.2019 mit, dass der Änderung unter der Auflage, dass keine bestehenden Betriebe benachteiligt

Weitere Stellungnahmen:

DI Gerhard Altmann vom 31.01.2019 – kein Einwand Netz OÖ – Erdgas vom 27.03.2019 – kein Einwand Netz OÖ – Strom vom 04.04.2019 – kein Einwand

Amtes der Oö. Landesregierung empfohlen.

oder eingeschränkt werden, zugestimmt wird.

Beratungsverlauf:

Keine Wortmeldungen.

Bürgermeister Wolfgang Klinger stellt den

<u>Antraq:</u>

Der Gemeinderat möge die vorgetragene Änderung des Bebauungsplanes aufgrund des geschilderten Sachverhaltes vorbehaltlich einer positiven Stellungnahme seitens des Amtes der Oö. Landesregierung genehmigen.

<u>Beschluss:</u>

Antrag genehmigt.

Abstimmung:

Einstimmig durch Handzeichen.

3. Voranschlag für das Finanzjahr 2019 - Überprüfung

Sachverhalt – Berichterstatter Bürgermeister Wolfgang Klinger:

Der Voranschlag 2019 wurde nach Beschlussfassung durch den Gemeinderat der Bezirkshauptmannschaft als Aufsichtsbehörde vorgelegt und von dieser überprüft. Das Ergebnis der Überprüfung ist dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen.

Der Prüfbericht liegt den Sitzungsunterlagen vollinhaltlich bei.

Eine Kopie des Protokollauszuges mit allfälligen Beschlüssen ist der BH zu übermitteln.

Der Gemeindevorstand empfiehlt den Prüfbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Anlagen:

Prüfbericht

Beratungsverlauf:

Keine Wortmeldungen.

Bürgermeister Wolfgang Klinger stellt den

Antrag:

Der Gemeinderat möge den Prüfbericht zur Kenntnis nehmen.

Beschluss:

Antrag genehmigt.

Abstimmung:

Einstimmig durch Handzeichen.

4. Allgemeine Geschäftsbedingungen; AGB 2018

Sachverhalt – Berichterstatter Bürgermeister Wolfgang Klinger:

Im Zuge des Inkrafttretens des neuen Bundesvergabegesetzes 2018 ergeben sich auch relevante Änderungen für die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Gemeinden. In den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB 2018) finden sich Bestimmungen über die Angebotserstellung und -abgabe und über die gesamte Auftragsabwicklung ab der Zuschlagserteilung sowie die Leistungsstörungen und das Schadenersatzrecht.

Der Gemeindebund empfiehlt die Festlegung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen um die Pflichten der Bieter im Vergabeverfahren zu konkretisieren. Die AGBs wurden auf Basis eines Musters des Gemeindebundes an die Gegebenheiten der Marktgemeinde Gaspoltshofen angepasst.

Die AGB liegen in der Sitzung vollinhaltlich auf und können vor der Sitzung am Gemeindeamt eingesehen werden.

Beratungsverlauf:

Keine Wortmeldungen.

Bürgermeister Wolfgang Klinger stellt den

<u>Antrag:</u>

Der Gemeinderat möge die AGB 2018 laut vorliegendem Entwurf genehmigen.

Beschluss:

Antrag genehmigt.

Abstimmung:

Einstimmig durch Handzeichen.

5. Ankauf des Kinogebäudes; Änderung des Finanzierungsplanes

Sachverhalt – Berichterstatter Bürgermeister Wolfgang Klinger:

Für den Ankauf des Kinogebäudes wurde ein Finanzierungsplan mit einem Gesamtbetrag von € 300.000,00 aufgestellt und genehmigt. Nach Abschluss des Projektes belaufen sich die Kosten auf einen Gesamtbetrag von € 266.683,00. Durch das Amt der Oö. Landesregierung wurde dazu folgende Finanzierungsdarstellung übermittelt:

Finanzierungsmittel	2015	2016	2017	Gesamt
Anteilsbetrag o.H.	56.055,00	6.000,00		62.055,00
Rücklagen Marktgemeinde Gaspoltshofen	60.628,00			60.628,00
LZ, Kulturdirektion, Allgemein		25.000,00	19.000,00	44.000,00
BZ-Mittel	50.000,00	50.000,00		100.000,00
Summe	166.683,00	81.000,00	19.000,00	266.683,00

Gegenüber dem ursprünglichen Finanzierungsplan haben sich die LZ-Mittel um € 6.000,00 und der Gemeindeanteil um € 27.317,00 reduziert, die BZ-Mittel blieben unverändert. Das Vorhaben ist ausfinanziert und abgerechnet.

Der Finanzierungsplan ist vom Gemeinderat zu genehmigen.

<u>Anlagen:</u>

Finanzierungsplan IKD-2015-117828/8-Kep vom 26.08.2016

Beratungsverlauf:

Keine Wortmeldungen, welche sich wesentlich auf den Beratungsverlauf bzw. das Verhandlungsergebnis auswirken.

Bürgermeister Wolfgang Klinger stellt den

Antrag:

Der Gemeinderat möge den vorliegenden geänderten Finanzierungsplan genehmigen.

Beschluss:

Antrag genehmigt.

Abstimmung:

Einstimmig durch Handzeichen.

6. Mandatsverzicht Johannes Peter Baumgartner und Andreas Ehrenleitner; Nachwahlen

Sachverhalt – Berichterstatter Bürgermeister Wolfgang Klinger:

Mit Schreiben vom 08.04.2019 haben GV Johannes Peter Baumgartner auf sein Mandat als Gemeindevorstand und GR Andreas Ehrenleitner auf sein Mandat als Mitglied und Obmann des Prüfungsausschusses mit Wirkung vom 30.04.2019 verzichtet.

Aufgrund dieses Mandatsverzichts sind folgende Nachwahlen durchzuführen:

- 1) Nachwahl eines Mitgliedes in den Gemeindevorstand
- 2) Nachwahl eines Mitgliedes und Obmannes in den Prüfungsausschuss

Wahlen sind stets geheim mit Stimmzettel durchzuführen (§ 52 Oö. GemO). Aufgrund eines einstimmigen Beschlusses des Gemeinderates kann eine andere Art der Stimmabgabe (zB mittels Handzeichen) beschlossen werden.

Das Recht auf Einbringung eines Wahlvorschlags steht der SPÖ-Fraktion zu. Die Wahl hat in Fraktionswahl durch die SPÖ-Fraktion zu erfolgen.

Folgende Vorgangsweise ist einzuhalten:

Die SPÖ-Fraktion hat vor Beginn der Wahlhandlung an den Vorsitzenden einen schriftlichen Wahlvorschlag zu übergeben, der von der absoluten Mehrheit der SPÖ-Fraktion unterzeichnet sein muss (§ 29 Oö. GemO).

Beratungsverlauf:

Keine Wortmeldungen.

Bürgermeister Wolfgang Klinger stellt den

Antrag 1:

Der Gemeinderat möge beschließen, bei den nachfolgenden Fraktionswahlen öffentlich durch Handzeichen abzustimmen.

Beschluss:

Antrag 1 genehmigt.

<u>Abstimmung:</u>

Einstimmig durch Handzeichen.

1) Nachwahl eines Mitgliedes in den Gemeindevorstand

Wahlvorschlag der SPÖ: EHRENLEITNER Andreas

Bürgermeister Wolfgang Klinger stellt den

Antrag 2:

Wer von der SPÖ-Fraktion diesem Vorschlag die Zustimmung gibt, soll ein Zeichen mit der Hand geben.

Beschluss:

Antrag 2 genehmigt.

Abstimmung:

Einstimmig durch Handzeichen.

2) Nachwahl eines Mitgliedes und Obmann in den Prüfungsausschuss

Wahlvorschlag der SPÖ: BAUMGARTNER Johannes Peter

Bürgermeister Wolfgang Klinger stellt den

Antrag 3:

Wer von der SPÖ-Fraktion diesem Vorschlag die Zustimmung gibt, soll ein Zeichen mit der Hand geben.

Beschluss:

Antrag 3 genehmigt.

Abstimmung:

7. Ankauf eines KLFA-L; Auftragsvergabe

Sachverhalt – Berichterstatter Bürgermeister Wolfgang Klinger:

Am 26.04.2019 findet die Angebotsöffnung für ein KLFA-L für die FF Altenhof am Hausruck statt. Die Ausschreibung erfolgte in der Amtlichen Linzer Zeitung, auf der Gemeindehomepage und der Amtstafel.

In der Sitzung wird über das Ergebnis der Angebotsöffnung und der Vergleichsvorführung berichtet.

Zur Angebotsöffnung am 26.04.2019 wurde nur ein Angebot zeitgerecht abgegeben. Nach § 149 Abs (2) Z 1 BVergG 2018 kann ein Vergabeverfahren widerrufen werden, wenn nur ein Angebot eingelangt ist, oder nach dem Ausscheiden von Angeboten nur ein Angebot verbleibt.

Es wird empfohlen das Vergabeverfahren zu widerrufen und eine neuerliche Ausschreibung vorzubereiten.

Zur Angebotsöffnung wird berichtet, dass ein Angebot der Fa. Rosenbauer, welches auch ein Alternativangebot enthält, abgegeben wurde. Eine zweite Firma hat die Angebotsunterlagen angefordert, das Angebot wurde aber verspätet abgegeben und die Firma hat somit kein gültiges Angebot abgegeben.

Das Angebot bzw. das Alternativangebot der Fa. Rosenbauer lautet wie folgt:

KLFA-L aufgebaut auf ein Iveco Daily 65C17D 4x4 Fahrgestell

Bruttogesamtbetrag € 166.888,80

KLFA-L aufgebaut auf ein Mercedes Sprinter 516 CDI 4x4 Fahrgestell

Bruttogesamtbetrag € 141.405,60

In der nachfolgenden Bewertung durch die Kommission erhielt das KLFA-L mit dem Iveco Fahrgestell durchwegs eine bessere Bewertung.

Von insgesamt möglichen 100% erhielt das

KLFA-L aufgebaut auf ein Mercedes Sprinter 516 CDI 4x4 Fahrgestell 75% KLFA-L aufgebaut auf ein Iveco Daily 65C17D 4x4 Fahrgestell 57%

Somit wird empfohlen, dass der Gemeinderat den Ankauf eines KLFA-L aufgebaut auf ein Mercedes Sprinter 516 CDI 4x4 Fahrgestell um einen Bruttogesamtbetrag von € 141.405,60 bei der Fa. Rosenbauer genehmigt.

Da sich der Kaufpreis gegenüber den geschätzten Kosten reduziert hat, sollte mit der Feuerwehr über den FF-Anteil verhandelt werden.

Beratungsverlauf:

Friedrich Söllinger erkundigt sich, warum keine neue Ausschreibung erfolgt. Bürgermeister Wolfgang Klinger erklärt, dass nach Rücksprache mit Kommandant Thomas Berger keine neue Ausschreibung erfolgen soll, da kein anderes Ergebnis zu erwarten ist.

Bürgermeister Wolfgang Klinger stellt den

<u>Antrag:</u>

Der Gemeinderat möge den Ankauf eines KLFA-L aufgebaut auf ein Mercedes Sprinter 516 CDI 4x4 Fahrgestell um einen Bruttogesamtbetrag von € 141.405,60 bei der Fa. Rosenbauer genehmigen.

Beschluss: Antrag genehmigt.

Abstimmung:

8. Bauvorhaben Sanierung und Erweiterung des Kindergartens; Bericht des Baumeisters über zu erwartende Kostenerhöhung

Sachverhalt – Berichterstatter Bürgermeister Wolfgang Klinger:

Am 19.03.2019 fand die Angebotsöffnung für die Sanierung und Erweiterung des Kindergartens statt. Nach vertiefter Angebotsprüfung und Hochrechnung auf das Bauvorhaben erstellte der Baumeister ein Schreiben, in dem er eine Kostenerhöhung um rund € 159.550,00, somit ca. 9,66 % erwartet.

Weiters wurde angeregt, die Wärmedämmung nicht mit Styropor, sondern mit Steinwolle auszuführen, was nach einer Preiseinholung durch den Baumeister Mehrkosten in der Höhe von € 32.200,00 verursacht.

Die beiden Schreiben wurden dem Amt der Oö. Landesregierung mit der Bitte um Prüfung und Erhöhung des genehmigten Kostenrahmens weitergeleitet.

In einem Telefonat wurde beim Amt der Oö. Landesregierung über den aktuellen Stand nachgefragt, wobei von der zuständigen Sachbearbeiterin mitgeteilt wurde, dass die beantragten Kostenerhöhungen vom Sachverständigendienst beurteilt wurden und im Laufe dieser Woche mit einer schriftlichen Erledigung zu rechnen ist.

Folgende Zusagen wurden in Aussicht gestellt:

- 1. Nach derzeitigem Stand ist damit zu rechnen, dass die Kostenerhöhung aus der Ausschreibung akzeptiert wird.
- 2. Die Kostenerhöhung für die Wärmedämmung mit Steinwolle wird nicht anerkannt werden.
- 3. Weiters wurde ein Antrag auf Zuerkennung von Bundesmitteln für die Barrierefreimachung des Kindergartens eingereicht. Zu diesem Antrag ist mit Zuerkennung von Bundesmitteln zu rechnen.

Es wird ein neuer Finanzierungsvorschlag ausgearbeitet, der dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

<u>Beratungsverlauf:</u>

Keine Wortmeldungen, welche sich wesentlich auf den Beratungsverlauf auswirken.

NUR INFORMATION - KEIN BESCHLUSS ERFORDERLICH!

9. Erstellung eines Gutachtens für eine Begegnungszone im Bahnhofweg; Information

Sachverhalt – Berichterstatter Bürgermeister Wolfgang Klinger:

In der Sitzung des Gemeinderates vom 25.06.2018 wurde über den Antrag einer Bürgerinitiative, dass im Bahnhofweg eine Begegnungszone mit einer Maximalgeschwindigkeit von 30 km/h verordnet werden soll, beraten. Der Gemeinderat hat daraufhin einstimmig den Beschluss gefasst, dass das Verfahren zur Verordnung einer Begegnungszone eingeleitet wird und ein entsprechendes Gutachten beauftragt werden soll.

In der Folge wurde versucht, durch Verkehrssachverständige des Amtes der Oö. Landesregierung ein Gutachten ausarbeiten zu lassen. Dies wurde abgelehnt, da diese nur befugt sind Gutachten für Begegnungszonen mit einer Maximalgeschwindigkeit von 20 km/h zu erstellen. Es erfolgte der Verweis an das Kuratorium für Verkehrssicherheit. Von dort kam jetzt nach mehrmaliger Nachfrage ein Angebot für die Erstellung eines verkehrstechnischen Gutachtens bezüglich der Eignung des Bahnhofweges für die Errichtung einer Begegnungszone.

Durch das KfV wurde darauf hingewiesen, dass die Begegnungszone ein Instrument zur Verkehrsberuhigung für den zentralen, innerörtlichen Bereich ist und ein gewisses Kfz-Aufkommen, aber vor allem auch ein gewisses Fußgänger-Aufkommen erfordert.

Eine Begegnungszone ist ein Interaktionsprinzip und beruht auf der Interaktion zwischen Fußgängern und Kfz-Lenkern. Aus diesem Grund ist es günstig, wenn beidseits der Straße, in der eine Begegnungszone errichtet werden soll, Erdgeschossnutzungen und Aufenthaltsbereiche für Fußgänger vorhanden sind (z.B. Lokale, Geschäfte, Banken, Gastronomie, etc.). Das bedingt zum einen ein gewisses Fußgängeraufkommen und zum anderen auch ein Queren der Fahrbahn durch Fußgänger entlang der Fahrbahn – was zu Interaktionen zwischen den Verkehrsteilnehmern führt.

Vorrangige Ziele, die mit einer Begegnungszone verfolgt werden sind eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität, eine faire Verteilung des Straßenraumes, die Reduzierung der Trennwirkung der Straße und eine Erhöhung der Verkehrssicherheit. Nach dem Arbeitspapier "Einsatzkriterien für Begegnungszonen" der RVS sind mindestens 25-49 querende Fußgänger in der Spitzenstunde pro 100 m Straßenlänge erforderlich, ebenso eine Anwesenheitsquote der Fußgänger und Radfahrer von mindestens 20% der Kfz. Das Angebot beläuft sich auf einen Bruttogesamtbetrag von € 3.324,00.

Da die Erfolgsaussichten für die Erfüllung der Kriterien als sehr gering eingeschätzt wurden, wurde die Beauftragung durch den Gemeindevorstand abgelehnt.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Erstellung dieses Gutachtens ist im VA 2019 nicht vorgesehen.

<u>Beratungsverlauf:</u>

Bürgermeister Wolfgang Klinger gibt bekannt, dass er mit den Betreibern der Bürgerinitiative Gespräche geführt hat. Es wurde mit ihnen vereinbart, dass die 30 km/h-Schilder und Fahrverbotstafeln erneuert werden.

Bürgermeister Wolfgang Klinger stellt den

<u>Antrag:</u>

Der Gemeinderat möge beschließen, die Verordnung einer Begegnungszone nicht weiter zu verfolgen.

Beschluss: Antrag genehmigt.

<u>A b s t i m m u n g :</u> Einstimmig durch Handzeichen.

10. Baulandsicherungsverträge; Beratung über weitere Vorgehensweise

Sachverhalt – Berichterstatter Bürgermeister Wolfgang Klinger:

Am 18.12.2013 wurde mit den damaligen Grundeigentümern der Grundstücke entlang des Höhenweges ein Baulandsicherungsvertrag abgeschlossen. Nach diesem sind die Grundstücke binnen 5 Jahren zu bebauen oder zu verkaufen. Nach Ablauf dieser Frist wurde erhoben, dass das Grundstück 1673 bisher nicht verkauft wurde, da der Grundbesitzer aber verkaufswillig ist, empfiehlt der Gemeindevorstand derzeit keine Maßnahmen zu ergreifen und den Sachverhalt nach Ablauf eines Jahres erneut zu prüfen.

Beratungsverlauf:

Keine Wortmeldungen.

Bürgermeister Wolfgang Klinger stellt den

Antrag:

Der Gemeinderat möge die Rechte aus dem Baulandsicherungsvertrag derzeit nicht in Anspruch nehmen und den Sachverhalt nach Ablauf eines Jahres erneut prüfen.

Beschluss:

Antrag genehmigt.

Abstimmung:

11. Gemeinderesolution "Rettet die Bienen"

Sachverhalt – Berichterstatter Bürgermeister Wolfgang Klinger:

Durch das Büro von LR Anschober wurde die Resolution "Rettet die Bienen! Petition für den Schutz von Böden und Artenvielfalt." übermittelt.

Der Gemeindevorstand empfiehlt die Genehmigung der Resolution.

Anlagen:

Entwurf: Resolution "Rettet die Bienen! Petition für den Schutz von Böden und Artenvielfalt."

Beratungsverlauf:

Einige Mitglieder des Gemeinderates äußern ihre Meinung über die Resolution. Es entsteht eine Diskussion über verschiedene Pflanzenspritzmittel. Ein paar Gemeinderäte äußern, dass man mehr Wert auf Regionalität legen sollte. Richard Mader berichtet über das Bienenweiden-Projekt des Bauernbundes. Leider war das Interesse der Bevölkerung nicht sehr groß.

Bürgermeister Wolfgang Klinger stellt den

Antrag:

Der Gemeinderat möge die Resolution genehmigen.

Beschluss:

Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung:

FÜR DEN ANTRAG STIMMTEN:

SPÖ-Fraktion:

- Johannes Peter Baumgartner
- Andreas Ehrenleitner
- Harald Kubinger

GRÜNE-Fraktion:

- Anton Berger
- Friedrich Söllinger
- Hans-Peter Keindl

ÖVP-Fraktion:

- Mag. Thomas Ploberger

GEGEN DEN ANTRAG STIMMTEN:

FPÖ-Fraktion:

- Ing. Wolfgang Klinger
- Philipp Möslinger
- Gabriele Famler
- DI Herwig Mayr
- Siegfried Seifried
- Karl Klinger
- Walter Anzengruber
- Gerald Haböck
- Otto Oberhumer
- Hubert Sterrer
- Karl Famler

ÖVP-Fraktion:

- Theres Huber
- Johann Raab
- Richard Mader
- Ing. Robert Gradinger
- Bernhard Trauner

STIMMENTHALTUNG:

ÖVP-Fraktion:

- Johannes Höftberger
- Mag. Ursula Kühberger

12. Antrag auf Beitritt bzw. zur Projektierung zur "Bienenfreundlichen Gemeinde"

Sachverhalt – Berichterstatter Mag. Thomas Ploberger:

Durch GV Thomas Ploberger wurde für die ÖVP-Fraktion der beiliegende Antrag nach § 46 Abs. 2 Oö GemO eingebracht. Das Recht der Berichterstattung steht dem Antragsteller zu.

Anlagen:

Antrag vom 01.04.2019

Beratungsverlauf:

Mag. Thomas Ploberger erklärt die einzelnen Punkte in dem von ihm eingebrachten Antrag.

Johannes Peter Baumgartner erkundigt sich nach der weiteren Vorgehensweise. Das Projekt soll nach der Beschlussfassung nicht in Vergessenheit geraten.

Der Ortsentwicklungsausschuss soll sich mit dem Thema "Bienenfreundliche Gemeinde" befassen.

Bürgermeister Wolfgang Klinger stellt den

Antrag:

Der Gemeinderat möge den Antrag auf Beitritt bzw. zur Projektierung "Bienenfreundliche Gemeinde" der ÖVP-Fraktion genehmigen.

Beschluss:

Antrag genehmigt.

<u>Abstimmung:</u>

13. Antrag auf Nutzung einer gepachteten Grünfläche im Ortszentrum (Pz. 1 und .56 KG Gaspoltshofen)

Sachverhalt – Berichterstatter Mag. Thomas Ploberger:

Durch GV Thomas Ploberger wurde für die ÖVP-Fraktion der beiliegende Antrag nach § 46 Abs. 2 Oö GemO eingebracht. Das Recht der Berichterstattung steht dem Antragsteller zu.

Anlagen:

Antrag vom 01.04.2019

Beratungsverlauf:

Der Besitzer der gepachteten Grünfläche, Otto Oberhumer, spricht sich für die Vorschläge der ÖVP-Fraktion aus. Aufgrund eines geplanten Wohnhausprojektes kann er allerdings nicht genau sagen, wie lange diese Grünfläche zur Verfügung steht.

Mag. Ursula Kühberger berichtet, dass es seitens der Leader-Region Förderungen für "Bienenfreundliche Gemeinden" gibt.

Bürgermeister Wolfgang Klinger stellt den

Antrag:

Der Gemeinderat möge den Antrag auf Nutzung einer gepachteten Grünfläche im Ortszentrum der ÖVP-Fraktion genehmigen.

Beschluss:

Antrag genehmigt.

Abstimmung:

14. Amtsleiter Schiermair, Weiterbestellung nach § 12 GDG

Sachverhalt – Berichterstatter Bürgermeister Wolfgang Klinger:

Gemäß den Bestimmungen des Oö. GDG 2002 § 8 Abs. 4 ist die Besetzung einer leitenden Funktion befristet für einen Zeitraum von fünf Jahren auszusprechen. Gemäß § 12 Oö. GDG 2002 hat sich der Gemeinderat mit der Weiterbestellung von Amtsleiter Schiermair zu befassen.

Dabei ist diesem mitzuteilen, dass

- 1) er mit Ablauf der Bestellungsdauer mit dieser Funktion für einen Zeitraum von weiteren 5 Jahren betraut wird oder
- 2) ein Gutachten des Personalbeirats zur Frage der Weiterbestellung eingeholt wird.

Gemäß § 52 Oö. GemO 1990 hat die Abstimmung geheim mittels Stimmzettel zu erfolgen, sofern der Gemeinderat nicht einstimmig eine andere Art der Stimmabgabe (Abstimmung mittels Handzeichen) beschließt.

Auf Wunsch des Amtsleiters soll die Abstimmung jedenfalls geheim mit Stimmzettel erfolgen.

Beratungsverlauf:

Bürgermeister Klinger erklärt den Wahlvorgang und teilt die Stimmzettel aus. Die Gemeinderatsmitglieder gehen dann nacheinander zur Wahl in das Klubzimmer.

Die Stimmenzähler entleeren die Wahlurne und geben nach Auszählung der Stimmen folgendes <u>WAHLERGEBNIS</u> bekannt:

Anzahl der Wahlberechtigten bzw. ausgegebene Stimmzettel	25
abgegebene Stimmzettel	
ungültige Stimmzettel	
gültige Stimmzettel	25
Weiterbestellung – JA	24
Weiterbestellung – NFIN	

15. Wohnungsvergabe - LAWOG, Mühlbachstraße 9, Wohnung Nr. 8

Sachverhalt – Berichterstatter Bürgermeister Wolfgang Klinger:

Die LAWOG hat der Marktgemeinde am 5. September 2018 mitgeteilt, dass die Wohnung Nr. 8, in der Mühlbachstraße 9 per 31. Dezember 2018 gekündigt wurde.

Diese Wohnung liegt im 2. Stock und hat ein Nutzflächenausmaß von 79,57 m². Die monatliche Nutzungsgebühr beträgt derzeit, inklusive Betriebs- und Heizkosten, € 619,69. Die für diese Wohnung vorgesehene Kaution beträgt € 1.330,89.

Die erstgereihte Person hat die Wohnungszuweisung angenommen.

Beratungsverlauf:

Bürgermeister Wolfgang Klinger stellt den

Antrag:

Der Gemeinderat möge die Wohnungszuweisung an die erstgereihte Person genehmigen.

Beschluss:

Antrag genehmigt.

Abstimmung:

16. Wohnungsvergabe - ISG, Wiesenstraße 6, Wohnung Nr. 9

Sachverhalt – Berichterstatter Bürgermeister Wolfgang Klinger:

Die ISG hat der Marktgemeinde am 25. Jänner 2019 mitgeteilt, dass die Wohnung Nr. 9, in der Wiesenstraße 6 per 30. April 2019 gekündigt wurde.

Diese Wohnung liegt im 2. Stock und hat ein Nutzflächenausmaß von 69,65 m². Die monatliche Nutzungsgebühr beträgt derzeit, inklusive Betriebs- und Heizkosten, € 513,77. Die für diese Wohnung vorgesehene Kaution beträgt € 1.540,00.

Die erstgereihte Person hat die Wohnungszuweisung angenommen.

Beratungsverlauf:

Bürgermeister Wolfgang Klinger stellt den

<u>Antrag:</u>

Der Gemeinderat möge die Wohnungszuweisung an die erstgereihte Person genehmigen.

Beschluss:

Antrag genehmigt.

Abstimmung:

17. Dringlichkeitsantrag – Radinfrastruktur; Genehmigung des Förderungsvertrages

Sachverhalt – Berichterstatter Bürgermeister Wolfgang Klinger:

Von der Kommunalkredit Public Consulting GmbH in Wien wurde ein Förderungsvertrag im Zusammenhang mit der Errichtung eines Radweges auf der Haager-Lies-Trasse zur Beschlussfassung vorgelegt.

Der Förderungsvertrag ist vom Gemeinderat zu genehmigen.

Anlagen:

Förderungsvertrag mit der Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien

Beratungsverlauf:

Bürgermeister Wolfgang Klinger erklärt die wesentlichen Inhalte des Vertrages.

Bürgermeister Wolfgang Klinger stellt den

Antrag:

Der Gemeinderat möge den beiliegenden Förderungsvertrag mit der Kommunalkredit Public Consulting GmbH genehmigen.

Beschluss:

Antrag genehmigt.

<u>Abstimmung:</u>

18. Genehmigung der Verhandlungsschrift

Bürgermeister Klinger stellt fest, dass gegen die während der Sitzung zur Einsichtnahme aufgelegenen Verhandlungsschrift vom 07.03.2019 keine Einwände erhoben wurden. Er erklärt diese für genehmigt.

19. Allfälliges

Bürgermeister Wolfgang Klinger:

Information bzgl. Fraktionsobmannwechsel in der SPÖ – neuer Fraktionsobmann Andreas Ehrenleitner

Bürgermeister Wolfgang Klinger:

Information bzgl. EU-Wahl am 26. Mai 2019 – Essen für die Wahlbeisitzer der Sprengel 1, 2, 3 und 5 am Frühschoppen der FF Gaspoltshofen

Bürgermeister Wolfgang Klinger:

Einladung für die Kriegerehrungen – Altenhof am 5. Mai 2019 und Gaspoltshofen am 30. Mai 2019

Anton Berger:

Nachfrage ob die Gemeinde Parteistellung im geplanten Projekt "Flugplatz Öldenberg" hat

Andreas Ehrenleitner:

Nachfrage bzgl. aktuellem Stand wegen Unfallstelle Kreuzungsbereich Affnang – Siegfried Seifried gibt bekannt, dass die Bodenmarkierungen heute neu gestrichen wurden

Gabriele Famler:

Einladung zum 2. Workshop "familienfreundlichegemeinde" am 18. Juni 2019

Mag. Thomas Ploberger:

Nachfrage wer für Wohnungsvergaben zuständig ist

Friedrich Söllinger:

Rüge von Bürgermeister Wolfgang Klinger bzgl. Gesprächskultur in der November-Sitzung war nicht gerechtfertigt, was von diesem entgegnet wird.

Johann Raab:

Information über Erweiterung der PV-Anlage im Altenheim Gaspoltshofen

Johann Raab:

Information über Renovierung des LAWOG-Wohnhauses in der Mühlbachstraße 5

Johann Raab:

Bei Assista soll bzgl. Gebäudenutzung der Personalwohnhäuser nachgefragt werden

Johann Raab:

Wanderwege Gaspoltshofen – sehr positiv

Der Vorsitzende:				
Schriftführer:				
	Gaspoltshofen, 8. Mai 2019			
Das ordnungsgemäße Zustandekommen der Verhandlungsschrift laut § 54 Z. 5 Oö. Gemeindeordnung wird bestätigt:				
Der Vorsitzende:				
Gemeindevorstandsmitglied: (ÖVP)	Gemeindevorstandsmitglied: (SPÖ)			
Gemeindevorstandsmitglied: (GRÜNE)	Gaspoltshofen,			